

Europa ohne Politik

Sabine Reul über die Genese oligarchischer Herrschaftsformen in der Europäischen Union.

Seit die Finanzkrise die Welt in Atem hält, genießen die Institutionen der Europäischen Union auf einmal einen gewissen Vertrauenszuwachs. Der Grund: Das koordinierte Vorgehen der europäischen Regierungen – auch auf internationaler Ebene – scheint immerhin ein Abgleiten in Protektionismus und somit schlimmere politische Verwerfungen infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zu verhüten. Wie belastbar die Kooperationsbereitschaft der europäischen Regierungen bleiben wird, ist allerdings die Frage. Sollte die globale Rezession sich als schwerer und dauerhafter erweisen als zurzeit absehbar, werden andere Maßnahmen erforderlich sein als die aktuellen Milliardenpakete. Und ob Europa – national wie supranational – dieser Herausforderung gewachsen sein wird, wird davon abhängen, ob es aus den politischen Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte des europäischen Einigungsprozesses endlich etwas lernt.

Wie das Scheitern des EU-Verfassungsvertrags am Nein der Iren im vergangenen Sommer erneut gezeigt hat, ist das Problem Europas die mangelnde Legitimation und Autorität seiner politischen Führungen. Dieses Problem hat sehr viel damit zu tun, dass das ganze Konzept der Europapolitik von Anfang an auf der falschen Erwartung fußte, dass die Delegation politischer Autorität an supranationale oder sonstige volksferne Institutionen unproblematisch, wenn nicht gar ausgesprochen fortschrittlich sei. Dieser Trend führte in den letzten Jahrzehnten, befördert durch die postpolitischen Moden der 80er- und 90er-Jahre, zur Transformation der Politik in Richtung eines neuen Typus bürokratischer Exekutivherrschaft sowie zur nachhaltigen Schwächung der – nach wie vor nationalen – demokratischen Elemente des politischen Systems, d.h. der Parteien und der demokratischen Öffentlichkeit. Zwar beinhaltete schon die Gründungsphase der Europäischen Gemeinschaft die Delegation nationaler Souveränität an die neuen übergeordneten Institutionen, aber

sie war zum einen vergleichsweise begrenzt und zum anderen politisch auf dem Hintergrund der vorausgegangenen Verwüstung Europas nachvollziehbar. Westdeutschland strebte nach internationaler Anerkennung und Stabilität; Frankreich wollte den unvermeidlichen wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands so einhegen, dass seine eigene Wirtschaft geschützt und seine Wiedergeburt als europäische Macht befördert würde. Das war der Kompromiss, aus dem mit den Römischen Verträgen 1958 die EWG hervorging.

Mit Ausnahme Großbritanniens, der Schweiz und der iberischen Halbinsel wurde ganz Europa im Zweiten Weltkrieg durch Nazideutschland entweder annektiert oder okkupiert; de facto waren seine Nationalstaaten 1945 daher verschwunden. Europa war in den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts folglich die Bühne, auf der die Staaten Westeuropas ihre Souveränität und Stabilität wiedererlangten. Der mit der Schaffung supranationaler Institutionen verbundene „Rückzug aus Souveränität“ war damals also ein durchaus widersprüchlicher. Er gestattete paradoxerweise die Wiederherstellung nationaler Souveränität und innenpolitischer Autorität auf dem Wege internationaler Kooperation, schwächte aber gleichzeitig die moralische und institutionelle Bindung der nationalen Führungen an ihre jeweiligen Bevölkerungen. Insofern war die Gründung der EU eine „Politik des geringsten Widerstands“: Die europäische Integration bot Europas angeschlagenen Staatsführungen in der unmittelbaren Nachkriegsära Stabilisierung ohne eine potenziell destabilisierende Auseinandersetzung mit den gravierenden politischen und ideologischen Verwerfungen, die Europa in den vorausgegangenen Jahrzehnten erschüttert hatten.

Trotzdem war die Europäische Gemeinschaft damals bei Weitem nicht so volks- und demokratiefreundlich, wie sie sich heute darstellt. Parteien und politische Öffent-